

# Gesundheitsrecht

Eine systematische Einführung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Gerhard Igl und Prof. Dr. Felix Welti

Mitautoren:

Prof. Dr. Andreas Hoyer, Kiel

Prof. Dr. Gerhard Igl, Kiel

Rechtsanwalt und Notar Prof. Dr. Mathias Nebendahl, Kiel

Prof. Dr. Frank L. Schäfer, Freiburg

Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Kiel

Prof. Dr. Felix Welti, Kassel

3. neu bearbeitete Auflage 2018

Verlag Franz Vahlen

# Inhaltsverzeichnis

Übersicht über die Kapitel und die Autoren . . . . .	V
Vorwort zur 3. Auflage . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungen . . . . .	XXXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur . . . . .	XLIII
Hinweise zu den Lern- und Arbeitsmaterialien . . . . .	XLV
<b>1. Kapitel. Begriff und System des Gesundheitsrechts . . . . .</b>	<b>1</b>
§ 1 Das Rechtsgebiet Gesundheitsrecht . . . . .	1
§ 2 Bereiche der gesundheitlichen Versorgung . . . . .	3
A. Überblick über die Bereiche der gesundheitlichen Versorgung . . . . .	3
B. Gesundheitsförderung – gesundheitliche Prävention . . . . .	4
C. Kuration . . . . .	4
D. Langzeitpflege . . . . .	4
E. Rehabilitation . . . . .	5
F. Palliation . . . . .	5
§ 3 Überblick über die systematische Ordnung des Gesundheitsrechts . . . . .	5
A. Gesamtüberblick . . . . .	5
B. Güter der gesundheitlichen Versorgung . . . . .	6
C. Beschaffung der Güter . . . . .	7
D. Position und Rechte der Nutzer von Gesundheitsgütern . . . . .	8
E. Öffentlicher Gesundheitsschutz – Öffentlicher Gesundheitsdienst . . . . .	8
F. Public Health . . . . .	9
<b>2. Kapitel. Europarechtlicher Rahmen . . . . .</b>	<b>11</b>
§ 4 Rechtsgrundlagen . . . . .	11
A. Europarat – Europäische Union . . . . .	11
B. Allgemeines zum EUV und zum AEUV . . . . .	12
I. Zuständigkeiten . . . . .	12
II. Rechtsquellen . . . . .	12
III. Rechtliche Kontrolle . . . . .	12
§ 5 Bereiche und Arten der Zuständigkeiten der Union auf dem Gebiet der Gesundheit . . . . .	12
§ 6 Gesundheitswesen (Art. 168 AEUV) . . . . .	14
A. Übersicht über die Handlungsbereiche und die Handlungsinstrumente . . . . .	14
B. Handlungsbereiche . . . . .	15
C. Handlungsinstrumente . . . . .	16
§ 7 Andere Bereiche im Zusammenhang mit dem Gesundheitsschutz . . . . .	16
§ 8 Richtlinien . . . . .	16
A. Heilberuferecht . . . . .	16
B. Patientenrechterichtlinie . . . . .	17
C. Sonstige Richtlinien . . . . .	18
§ 9 Einfluss der Rechtsprechung des EuGH auf das Gesundheitswesen und das Gesundheitsrecht . . . . .	18

<b>3. Kapitel. Öffentliche Verantwortung für das Gesundheitswesen</b>	<b>23</b>
<b>§ 10 Öffentliche Verantwortung für Gesundheit</b>	<b>23</b>
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	23
I. Sozialer Rechts- und Bundesstaat	23
II. Grund- und Menschenrechte	24
1. Schutz der Bevölkerung	24
2. Schutzsysteme und Zugang zu diesen	25
3. Grundrechtsschutz für die Akteure im Gesundheitswesen	26
III. Kompetenzen im Bundesstaat	27
IV. Kommunale Selbstverwaltung	27
V. Sozialversicherung	28
B. Öffentliche Verantwortung	28
I. Der Bund	28
II. Die Länder	30
III. Die Gemeinden und Gemeindeverbände	30
IV. Die Sozialversicherung	31
V. Sozialstaatliche Regulierung der Privatversicherung	32
VI. Die Kammern	32
VII. Die Wissenschaft	33
VIII. Wahrnehmung der ethischen Belange	33
<b>§ 11 Verantwortung für die Infrastruktur des Gesundheitswesens</b>	<b>34</b>
A. Allgemeine Fragen der Infrastrukturverantwortung	34
B. Zum Recht der Infrastrukturverantwortung	34
C. Bereichsspezifisches Infrastrukturrecht: Bedarfsplanung	35
I. Krankenhäuser	35
II. Pflegeeinrichtungen	36
III. Rehabilitationseinrichtungen	36
IV. Vertragsärztliche Versorgung	37
V. Verantwortlichkeit für die Leistungerschließung	37
<b>4. Kapitel. Personelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen: Ärzte, Pflegeberufe und andere Heilberufe</b>	<b>39</b>
<b>§ 12 Heilberufe und andere Berufe auf dem Gebiet des Gesundheitswesens</b>	<b>39</b>
<b>§ 13 Rechtsquellen – Regelungsebenen</b>	<b>41</b>
<b>§ 14 Strukturmerkmale des Rechts der Heilberufe</b>	<b>43</b>
A. Unterscheidung zwischen direktem und indirektem Berufsrecht	43
B. Direktes Berufsrecht	43
C. Indirektes Berufsrecht	44
D. Sozialleistungserbringungsrecht als wichtigster Bereich des indirekten Berufsrechts	44
I. Fragestellungen zur systematischen Ordnung des Leistungserbringungsrechts	44
II. Zulassung der Leistungsanbieter zur Leistungserbringung	45
III. Besondere Arten des Zugangs zur Leistungserbringung (sozialrechtliche Steuerung des Zugangs der Leistungsanbieter zur Leistungserbringung)	45
IV. Leistungsgestaltung	46
V. Qualitätssicherung	46
VI. Vergütung der Leistungsanbieter	47
VII. Beendigung des Zugangs zur Leistungserbringung	47
VIII. Nutzerstellung	47
<b>§ 15 Ärzte</b>	<b>48</b>
A. Direktes Berufsrecht der Ärzte	48
I. Berufsausbildung	48
1. Besonderheiten der ärztlichen Berufsausbildung	48
2. Berufsausbildung nach der Bundesärztereordnung	48

3. Weiterbildungsrecht .....	49
II. Berufsbezeichnung und Berufszulassung .....	50
1. Nach der Bundesärzteordnung .....	50
2. Nach dem Weiterbildungsrecht .....	50
III. Berufsausübung .....	50
1. Bundesärzteordnung .....	50
2. Landesrecht .....	51
a) Kammern .....	51
b) Berufsordnung .....	51
c) Berufsgerichte .....	52
d) Gebietsbeschränkungen – fachgebietsfremde Tätigkeit .....	52
IV. Vergütung .....	53
V. Beendigung der Berufsausübung .....	53
B. Indirektes Berufsrecht der Ärzte: Sozialrechtliches Leistungserbringungsrecht .....	54
I. Rechtsquellen .....	54
II. Die zentrale Stellung des Arztes in der Leistungserbringung nach dem SGB V .....	54
III. Zulassung zur Leistungserbringung (Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung) .....	55
1. Zulassungsausschuss – Berufungsausschuss .....	55
2. Persönliche Voraussetzungen beim Arzt .....	55
3. Voraussetzungen beim medizinischen Versorgungszentrum .....	56
4. Steuerung der Bedarfsdeckung durch Bedarfsplanung und Ermächtigung .....	57
IV. Berufspflichten im Leistungserbringungsrecht .....	57
V. Sozialrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung .....	58
1. Freie Arztwahl und Steuerung der Arztwahl .....	58
2. Besondere ärztliche Versorgungsformen .....	58
VI. Leistungsgestaltung .....	60
1. Parameter der Leistungsgestaltung .....	60
2. Leistungseinschluss/Leistungsausschluss .....	60
3. Konkretisierung des Inhalts und des Umfangs der Leistungen .....	61
VII. Qualitätssicherung .....	62
1. Terminologie .....	62
2. Rechtliche Struktur der Qualitätserstellung .....	63
3. Qualitätssicherung als rechtliche Querschnittmaterie .....	63
4. Allgemeiner rechtlicher Rahmen der Qualitätssicherung im SGB V .....	63
5. Allgemeine Gegenstände der Qualitätssicherung – sektorenübergreifende Qualitätssicherung .....	64
6. Besondere Adressaten und Gegenstände der Qualitätssicherung (Vertragsärzte) .....	66
VIII. Vergütung .....	67
1. Zur Situation des Vergütungsrechts .....	67
2. Zahlungsströme .....	68
3. Grundlagen des Vergütungsrechts .....	68
4. Überprüfung von Leistungen und Abrechnungen .....	69
IX. Beendigung der Zulassung zur Leistungserbringung .....	70
C. Rechtsstellung des Arztes im Gesundheitswesen – Arztberuf als Freier Beruf .....	70
I. Unterscheidung beruflicher Status – berufliche Funktionen .....	70
II. Beruflicher Status .....	70
III. Berufliche Funktionen .....	72
D. Der Arzt in der Konkurrenz zu anderen Ärzten und zur ambulanten Versorgung in Krankenhäusern .....	73
I. Konkurrenzsituationen und Rechtsschutz .....	73
II. Rechte des Arztes in Konkurrenzsituationen .....	74

§ 16 **Pflegeberufe** . . . . . 76

    A. Direktes Berufsrecht der Pflegeberufe . . . . . 76

        I. Berufsausbildung . . . . . 76

        II. Berufsbezeichnung und Berufszulassung . . . . . 77

        III. Berufsausübung . . . . . 78

            1. Pflegekammern . . . . . 78

            2. Berufsordnungen . . . . . 78

        IV. Beendigung der Berufsausübung . . . . . 79

        V. Neuordnung der Pflegeberufe . . . . . 79

    B. Indirektes Berufsrecht der Pflegeberufe: Sozialrechtliches Leistungserbringungsrecht . . . . . 81

        I. Zum Verständnis der unterschiedlichen Einbindung von Ärzten und Pflegekräften in die sozialrechtlichen Leistungserbringungssysteme . . . . . 81

        II. Rechtsquellen . . . . . 82

            1. SGB V . . . . . 82

            2. SGB XI . . . . . 82

        III. Zulassung zur Leistungserbringung . . . . . 82

            1. SGB V . . . . . 82

                a) System des Leistungserbringungsrechts bei Pflegeleistungen . . . . . 82

                b) Häusliche Krankenpflege . . . . . 83

                c) Spezialisierte ambulante Palliativversorgung . . . . . 83

            2. SGB XI . . . . . 84

        IV. Sozialleistungsrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung . . . . . 84

            1. SGB V . . . . . 84

            2. SGB XI . . . . . 85

        V. Leistungsgestaltung . . . . . 85

            1. SGB V . . . . . 85

            2. SGB XI . . . . . 85

        VI. Qualitätssicherung . . . . . 85

            1. SGB V . . . . . 85

            2. SGB XI . . . . . 85

        VII. Vergütung . . . . . 86

            1. SGB V . . . . . 86

            2. SGB XI . . . . . 86

        VIII. Nutzerstellung . . . . . 86

            1. SGB V . . . . . 86

            2. SGB XI . . . . . 86

§ 17 **Heilmittelerbringer im SGB V** . . . . . 87

    A. Heilmittelerbringung im Leistungserbringungssystem des SGB V . . . . . 87

        I. Begriff des Heilmittels . . . . . 87

        II. Heilmittel im Verhältnis zu anderen medizinischen Dienstleistungen . . . . . 87

    B. Leistungserbringer von Heilmitteln . . . . . 87

    C. Voraussetzungen der Heilmittelerbringung . . . . . 88

        I. Heilmittel . . . . . 88

        II. Zulassung zur Heilmittelerbringung . . . . . 88

        III. Gestaltung des Leistungserbringungsverhältnisses . . . . . 89

§ 18 **Kooperation der Heilberufe** . . . . . 89

    A. Zum Kooperations- und Koordinationserfordernis bei der gesundheitlichen Versorgung . . . . . 89

    B. Handlungsvoraussetzungen der dienstleistenden Akteure . . . . . 90

    C. Abläufe der gesundheitlichen Versorgung . . . . . 91

    D. Leistungserbringungsrechtliche Voraussetzungen . . . . . 91

    E. Rechtsformen der koordinierten und kooperierenden Leistungsbereitstellung und berufsrechtliche Voraussetzungen und Pflichten . . . . . 91

<b>5. Kapitel. Institutionelle leistungserbringende Akteure im Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Pflege- und Rehabilitationseinrichtungen) und andere institutionelle Akteure</b>	93
<b>§ 19 Strukturmerkmale des Rechts der institutionellen Akteure</b>	93
A. Arten der institutionellen Akteure im Gesundheitswesen	93
B. Unterscheidung zwischen Einrichtung und Träger einer Einrichtung	93
C. Strukturierung des Rechts der institutionellen leistungserbringenden Akteure	94
I. Infrastrukturverantwortung	94
II. Zulassung zur Leistungserbringung	95
III. Personal	95
IV. Leistungen	95
V. Qualitätssicherung	95
VI. Vergütung	96
VII. Beendigung der Marktteilnahme	96
VIII. Nutzerstellung	96
D. Rechtsquellen – Regelungsebenen	97
<b>§ 20 Krankenhäuser</b>	97
A. Rechtsquellen	97
B. Arten von Krankenhäusern	98
C. Infrastrukturverantwortung	98
I. Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern	99
II. Bedarfsplanung	101
III. Investitionsförderung	102
D. Zulassung (ordnungsrechtlich)	102
E. Sozialrechtliche Voraussetzungen des Zugangs zur Leistungserbringung nach SGB V	102
I. Plankrankenhäuser	104
II. Durch Versorgungsvertrag zugelassene Krankenhäuser	104
III. Rechtsschutz	105
F. Personal	105
G. Leistungen eines Krankenhauses	106
H. Qualitätssicherung	106
I. Rechtlicher Rahmen der Qualitätssicherung bei Krankenhäusern	107
II. Herstellung der Verbindlichkeit von Qualitätsanforderungen	107
III. Überwachung von Qualitätsanforderungen	107
IV. Reaktionen bei Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen	108
J. Vergütung	110
K. Beendigung der Marktteilnahme	110
I. Herausnahme aus dem Krankenhausplan	110
II. Kündigung des Versorgungsvertrages	110
III. Verbot der Leistungserbringung	111
L. Nutzerstellung	112
<b>§ 21 Pflegeeinrichtungen</b>	112
A. Rechtsquellen	113
B. Arten von Pflegeeinrichtungen	115
C. Infrastrukturverantwortung	115
I. Zuständigkeit	115
II. Beteiligung anderer Akteure	116
III. Ausgestaltung	116
D. Zulassung (ordnungsrechtlich)	118
E. Sozialrechtliche Steuerung des Zugangs zur Leistungserbringung nach SGB XI	118
I. Zulassung durch Versorgungsvertrag – Anspruch auf Versorgungs- vertrag	118
II. Rechtsnatur des Versorgungsvertrages – Rechtsschutz	118
III. Beteiligte des Versorgungsvertrages	119
IV. Voraussetzungen für den Abschluss eines Versorgungsvertrages	119

V. Inhalt des Versorgungsvertrages . . . . .	119
VI. Wirkungen des Versorgungsvertrages . . . . .	120
F. Personal . . . . .	120
I. Personalvorgaben . . . . .	120
II. Ordnungsrechtliche Personalvorgaben: Landesrechtliche Regelungen . . . . .	120
III. Personalvorgaben im SGB XI . . . . .	120
G. Leistungen der Pflegeeinrichtungen . . . . .	121
I. Leistungsprogramm des SGB XI . . . . .	121
II. Gesetzliche Leistungen . . . . .	122
III. Zusatzleistungen im Pflegeheim . . . . .	122
H. Qualitätssicherung . . . . .	122
I. Besonderheiten der Qualitätssicherung in der Pflege . . . . .	122
II. Entwicklung von Qualitätsanforderungen – Finanzierung und Zustandekommen . . . . .	123
III. Herstellung der Verbindlichkeit von Qualitätsanforderungen . . . . .	125
IV. Umsetzung von Qualitätsanforderungen in die Praxis . . . . .	126
V. Überwachung der Einhaltung von Qualitätsanforderungen . . . . .	126
VI. Reaktionen auf die Nichteinhaltung von Qualitätsanforderungen . . . . .	127
J. Vergütungen . . . . .	127
I. Allgemeine Vorschriften zur Pflegevergütung . . . . .	127
II. Prinzipien der Einrichtungsfinanzierung im SGB XI . . . . .	128
III. Duale Finanzierung . . . . .	128
IV. Vergütung der stationären Pflegeleistungen . . . . .	129
1. Bemessungsgrundsätze der Entgelte für Pflegeleistungen (Pflegesätze) . . . . .	129
2. Bemessungsgrundsätze der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung . . . . .	130
3. Zusatzleistungen . . . . .	130
V. Vergütungen der ambulanten Pflegeleistungen . . . . .	131
1. Vergütungsregelung . . . . .	131
2. Gebührenordnung . . . . .	131
VI. Festsetzung der Vergütung durch die Schiedsstelle . . . . .	131
VII. Kostenerstattung statt Vereinbarung einer Vergütung . . . . .	132
K. Beendigung der Marktteilnahme . . . . .	132
L. Nutzerstellung . . . . .	132
<b>§ 22 Dienste und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe sowie der Prävention . . . . .</b>	<b>134</b>
A. Allgemeines zu Diensten und Einrichtungen der Rehabilitation und Teilhabe . . . . .	134
B. Medizinische Rehabilitation . . . . .	136
C. Berufliche Rehabilitation . . . . .	137
D. Soziale Rehabilitation . . . . .	138
E. Dienste und Einrichtungen der Prävention . . . . .	139
<b>§ 23 Formen der Kooperation zwischen institutionellen und personellen leistungserbringenden Akteuren . . . . .</b>	<b>139</b>
A. Allgemeines . . . . .	139
B. Kooperation zwischen Ärzten und Krankenhäusern . . . . .	140
I. Belegarzt . . . . .	140
II. Ambulantes Operieren . . . . .	140
III. Ambulante Behandlung durch ermächtigte Krankenhausärzte . . . . .	141
C. Ärztliche Versorgung in Pflegeeinrichtungen . . . . .	141
D. Besondere Versorgung (Integrierte Versorgung) . . . . .	141
E. Strukturierte Behandlungsprogramme . . . . .	142
<b>6. Kapitel. Waren (Arzneimittel – Hilfsmittel – Medizinprodukte) . . . . .</b>	<b>143</b>
<b>§ 24 Überblick: Arzneimittel – Hilfsmittel – Medizinprodukte . . . . .</b>	<b>143</b>
A. Regulierungsweisen und Rechtsquellen . . . . .	143
B. Zur Strukturierung des Produktrechts . . . . .	144

<b>§ 25 Arzneimittel</b>	144
A. Überblick	144
B. Begriffe	144
I. Arzneimittel	144
II. Stoffe	145
III. Weitere Begriffe	145
C. Herstellung	146
I. Erlaubnis	146
II. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis	146
D. Bereitstellung (Zulassung)	146
I. Zulassungspflicht	146
II. Zuständigkeiten	146
E. Inverkehrbringen (Abgabe)	148
I. Begriffe	148
II. Verantwortlichkeit für die Abgabe	148
III. Abgabeverbote	148
IV. Apothekenpflicht	149
V. Versandhandel – elektronischer Handel	149
VI. Verschreibungspflicht	149
F. Preisgestaltung	149
I. Im Arzneimittelrecht	149
II. Im Sozialrecht (SGB V)	150
1. Festbeträge	151
2. Erstattungsbeträge für nicht festbetragsfähige Arzneimittel	151
3. Pflichtrabatte	151
<b>§ 26 Hilfsmittel</b>	152
A. Regelungsorte	152
B. Begriff und Arten des Hilfsmittels	152
C. Herstellung	152
D. Bereitstellung (Zulassung)	153
I. Zulassung durch Verträge	153
II. Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis	153
E. Abgabe an die Versicherten	154
F. Preisgestaltung	154
I. Festbeträge	154
II. Vertragliche Gestaltung	154
<b>§ 27 Medizinprodukte (Überblick)</b>	155
A. Gesetzeszweck	155
B. Begriffe	155
C. Herstellung	155
D. Bereitstellung – Inverkehrbringen	156
E. Verwendung – Betrieb	156
F. Preisgestaltung	156
<b>7. Kapitel. Öffentlich-rechtliche Sicherung: Sozialleistungsrecht</b>	157
<b>§ 28 Überblick</b>	157
A. Einbettung der Gesundheitsversorgung in das allgemeine Sozialrecht	157
I. Soziale Rechte im SGB I	157
II. Verfahrensrecht im SGB I und SGB X	158
III. Rechtsweg im Sozialrecht	159
B. Sozialversicherung: Grundsätze, Organisation, Finanzierung	160
I. Allgemeine Grundsätze im SGB IV	160
II. Krankenversicherung	160
III. Pflegeversicherung	162
IV. Rentenversicherung	162
V. Unfallversicherung	163



C. Staatliche und kommunale Leistungsträger . . . . .	163
I. Soziale Entschädigung . . . . .	163
II. Sozialhilfe und Eingliederungshilfe . . . . .	164
III. Asylbewerberleistungsgesetz . . . . .	164
D. Institutionen mit Bedeutung für die Gesundheitsversorgung . . . . .	165
I. Aufsichtsbehörden: Bundesversicherungsamt und Länder . . . . .	165
II. GKV-Spitzenverband, Kassenverbände, Medizinische Dienste . . . . .	165
III. Kassenärztliche Vereinigungen . . . . .	166
IV. Gemeinsamer Bundesausschuss, Landesausschüsse . . . . .	166
V. Qualitätsausschuss Pflege/Landespflegeausschüsse . . . . .	168
VI. Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation . . . . .	169
VII. Nationale Präventionskonferenz . . . . .	169
VIII. Gemeinden und Kreise im Gesundheitswesen . . . . .	169
IX. Rettungsdienst . . . . .	170
X. Freie Wohlfahrtspflege . . . . .	170
XI. Verbände kranker und behinderter Menschen . . . . .	171
XII. Selbsthilfe . . . . .	171
<b>§ 29 Prävention und Gesundheitsförderung . . . . .</b>	<b>172</b>
A. Einbettung der Prävention in das Gesundheitsrecht . . . . .	172
B. Präventionsleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	173
C. Weitere Träger und zuständige Behörden . . . . .	174
I. Rentenversicherung . . . . .	174
II. Unfallversicherung . . . . .	174
III. Arbeitsschutzbehörden . . . . .	174
IV. Öffentlicher Gesundheitsdienst . . . . .	175
<b>§ 30 Krankenbehandlung . . . . .</b>	<b>176</b>
A. Die Krankenbehandlung im Zentrum des Gesundheitsrechts . . . . .	176
I. Allgemeines . . . . .	176
II. Grundsätze . . . . .	176
1. Krankenversicherung als Solidargemeinschaft . . . . .	176
2. Gesundheit als Bezugspunkt der GKV . . . . .	177
3. Sachleistungsprinzip . . . . .	177
4. Wirtschaftlichkeitsgebot . . . . .	179
5. Leistungsbezug im Ausland . . . . .	180
a) Leistungsanspruchnahme außerhalb der EU, des EWR und der Schweiz . . . . .	180
b) Behandlung im EU-Ausland, im EWR und in der Schweiz . . . . .	182
B. Krankenversicherung . . . . .	183
I. Versicherte – Leistungsberechtigte . . . . .	183
1. Überblick . . . . .	183
2. Versicherungspflicht . . . . .	184
a) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte . . . . .	184
b) Bezieher von Arbeitslosengeld . . . . .	185
c) Rentner und Waisenrentenbezieher . . . . .	186
d) Personen in Einrichtungen der Jugendhilfe . . . . .	187
e) Teilnehmer an Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben . . . . .	187
f) Behinderte Menschen in Werkstätten und Einrichtungen . . . . .	187
g) Studenten . . . . .	188
h) Praktikanten . . . . .	189
i) Landwirte, Künstler und Publizisten . . . . .	190
j) Auffangtatbestand . . . . .	190
k) Konkurrenzen . . . . .	191
l) Das Verhältnis zur hauptberuflich selbstständigen Erwerbstätigkeit . . . . .	192
3. Versicherungsfreiheit . . . . .	192
a) Allgemeines . . . . .	192
b) Überschreitung der Jahresarbeitsentgeltgrenze . . . . .	193
c) Anderweitig abgesicherte Personenkreise . . . . .	194

d) Versicherungsfreiheit nicht-deutscher Seeleute . . . . .	195
e) Eintritt der Versicherungspflicht bei über 55jährigen . . . . .	195
f) Werkstudentenprivileg . . . . .	196
g) Geringfügig Beschäftigte . . . . .	197
4. Befreiung von der Versicherungspflicht . . . . .	198
a) Einzelne Befreiungstatbestände . . . . .	198
b) Befreiungsverfahren . . . . .	199
5. Freiwillige Versicherung . . . . .	200
a) Erfasster Personenkreis . . . . .	200
b) Beitrittsverfahren . . . . .	201
6. Familienversicherung . . . . .	202
a) Familienversicherter Personenkreis . . . . .	202
b) Sachliche Voraussetzungen der Familienversicherung . . . . .	204
c) Zuständige Krankenversicherung . . . . .	204
II. Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung . . . . .	205
1. Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	205
a) Bestehen eines Versicherungsverhältnisses . . . . .	205
b) Zusammenhang zwischen Leistungsberechtigung und Versicherungsfall . . . . .	206
c) Erfüllung der Voraussetzungen der jeweiligen Anspruchsnorm . . . . .	206
d) Vorrang anderer Sozialleistungsträger . . . . .	207
e) Rechtsmissbrauch – § 52a SGB V . . . . .	208
f) (Beschränkter) Leistungsausschluss nach § 52 SGB V . . . . .	208
g) Ruhen des Leistungsanspruchs . . . . .	209
2. Die Leistungen im Einzelnen . . . . .	210
a) Die Leistungsarten . . . . .	210
b) Die einzelnen Leistungen . . . . .	211
C. Krankenbehandlung bei anderen Trägern, Zugang und Leistungen . . . . .	266
I. Gesetzliche Unfallversicherung (GUV) . . . . .	266
II. Soziale Entschädigung . . . . .	268
III. Sozialhilfe . . . . .	269
IV. Asylbewerberleistungsgesetz . . . . .	271
V. Beihilfe . . . . .	272
1. Beihilfeberechtigte Personen . . . . .	273
2. Bemessungssatz der Beihilfe . . . . .	273
3. Beihilfefähige Aufwendungen . . . . .	273
4. Eigenbeteiligung . . . . .	276
5. Antragserfordernis . . . . .	277
<b>§ 31 Langzeitpflege . . . . .</b>	<b>277</b>
A. Langzeitpflege im Gesundheitsrecht . . . . .	277
B. Pflegeversicherung . . . . .	278
I. Allgemeine Vorschriften . . . . .	278
1. Allgemeine Vorschriften mit leistungsrechtlichem Bezug . . . . .	278
2. Allgemeine Vorschriften für die an der pflegerischen Versorgung Beteiligten . . . . .	278
3. Trägerstatus und Vorrangklausel . . . . .	279
II. Versicherte . . . . .	279
III. Leistungen . . . . .	280
1. Pflegebedürftigkeit . . . . .	280
a) Der neue Begriff der Pflegebedürftigkeit . . . . .	280
b) Feststellung der Pflegebedürftigkeit . . . . .	281
2. Leistungserschließung . . . . .	282
a) Pflegeberatung . . . . .	282
b) Pflegestützpunkte . . . . .	282
3. Leistungsrecht . . . . .	282
a) Allgemeines . . . . .	282
b) Überblick über die Leistungen . . . . .	283
c) Leistungen bei häuslicher Pflege . . . . .	284

d) Tages- und Nachtpflege	285
e) Kurzzeitpflege	285
f) Vollstationäre Pflege	286
g) Zusätzliche Betreuung und Aktivierung in stationären Pflegeeinrichtungen	286
h) Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen	286
i) Zusätzliche Leistungen bei Pflegezeit und kurzzeitiger Arbeitsverhinderung	287
j) Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen	288
k) Umwandlung des ambulanten Sachleistungsbetrags	288
l) Entlastungsbetrag	288
m) Leistungen des Persönlichen Budgets	289
n) Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige in ambulant betreuten Wohngruppen	289
o) Leistungen bei Pflegegrad 1	289
C. Pflegeleistungen bei anderen Trägern	289
I. Gesetzliche Unfallversicherung	289
1. Allgemeines	289
2. Versicherte	290
3. Leistungsrecht	290
a) Allgemeines	290
b) Versicherungsfälle	290
c) Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	290
II. Soziale Entschädigung	291
1. Allgemeines	291
2. Leistungsrecht	291
III. Sozialhilfe	292
1. Allgemeines	292
a) Nachrang der Sozialhilfe	292
b) Leistungskonkurrenzen	293
c) Vorrang im Rahmen der häuslichen Pflege	293
2. Hilfe zur Pflege	294
a) Begriff der Pflegebedürftigkeit	294
b) Begutachtung	294
c) Leistungen	294
IV. Beihilfenvorschriften für öffentlich Bedienstete	294
1. Allgemeine Grundsätze	294
2. Pflegeberatung	294
3. Beihilfefähige Aufwendungen	295
4. Häusliche Pflege	295
5. Kombinationsleistungen	295
6. Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson	295
7. Teilstationäre Pflege	296
8. Kurzzeitpflege	296
9. Ambulant betreute Wohngruppen	296
10. Pflegehilfsmittel und Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes	296
11. Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson	296
12. Vollstationäre Pflege	296
13. Pflege in Einrichtungen der Behindertenhilfe	296
14. Aufwendungen bei Pflegegrad 1	297
§ 32 Medizinische Rehabilitation	297
A. Behinderung und Rehabilitation	297
B. Allgemeines Rehabilitations- und Teilhaberecht (SGB IX – Teil 1)	298
C. Trägerspezifisches Recht, Zugang und Leistungen	299
I. Rentenversicherung	299
II. Krankenversicherung	300
III. Unfallversicherung	300

IV. Soziale Entschädigung . . . . .	301
V. Sozialhilfe/Eingliederungshilfe . . . . .	301
VI. Kinder- und Jugendhilfe . . . . .	301
VII. Schwerbehindertenrecht . . . . .	301
<b>§ 33 Palliation . . . . .</b>	<b>302</b>
<b>3. Kapitel. Private Krankenversicherung . . . . .</b>	<b>305</b>
<b>§ 34 Einführung . . . . .</b>	<b>305</b>
A. Zweck und Typologie der privaten Krankenversicherung . . . . .	305
B. Rechtsgrundlagen . . . . .	307
I. Versicherungsvertragsgesetz . . . . .	307
II. Weitere Gesetze und Verordnungen . . . . .	308
III. Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) . . . . .	308
IV. Gesundheitsreform 2007 . . . . .	310
V. Weitere Reformen . . . . .	312
C. Vergleich mit der GKV . . . . .	313
I. Grundlegende Unterschiede zwischen PKV und GKV . . . . .	313
II. Gemeinsamkeiten zwischen PKV und GKV . . . . .	314
III. Leistungsvergleich PKV im Normaltarif mit GKV . . . . .	314
D. Zuordnung zu PKV oder GKV . . . . .	315
I. Zugang zur PKV . . . . .	315
II. Einzelne Zuordnungsfragen . . . . .	316
1. Beihilfe . . . . .	316
2. Gemischte Familienverhältnisse: Künstliche Befruchtung . . . . .	316
E. Rahmenbedingungen . . . . .	317
I. PKV-Markt . . . . .	317
II. PKV-Aufsicht . . . . .	317
<b>§ 35 Grundsätze des Krankenversicherungsvertrags . . . . .</b>	<b>319</b>
A. Begriffe und Typologie . . . . .	319
B. Beteiligte Personen . . . . .	319
C. Vorvertragliche Beratung und Information . . . . .	320
D. Vertragsabschluss . . . . .	321
E. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers . . . . .	321
I. Einführung . . . . .	321
II. Vorvertragliche Anzeigepflicht . . . . .	322
1. Äquivalenzprinzip . . . . .	322
2. Fragenkatalog . . . . .	322
3. Besondere Rechtsfolgen . . . . .	323
4. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung . . . . .	324
5. Datenüberprüfung . . . . .	324
III. Sonstige Obliegenheiten . . . . .	324
F. Rücktritt und Kündigung . . . . .	325
I. Rücktritt und Kündigung durch den Versicherer . . . . .	325
II. Kündigung durch den Versicherungsnehmer . . . . .	325
<b>§ 36 Versicherungsprämie . . . . .</b>	<b>326</b>
A. Einleitung . . . . .	326
B. Prämienkalkulation und Alterungsrückstellung . . . . .	326
C. Prämienanpassung . . . . .	328
D. Zahlungsverzug . . . . .	329
<b>§ 37 Tarife und Versichererleistung . . . . .</b>	<b>331</b>
A. Tarifüberblick . . . . .	331
B. Grundsätze der Versichererleistung . . . . .	331
C. Managed Care . . . . .	332
D. Leistungen der Krankheitskostenvollversicherung im Normaltarif . . . . .	333
I. Versicherungsfall . . . . .	333
1. Allgemeines . . . . .	333

2. Krankheit	333
3. Medizinische Notwendigkeit einer Heilbehandlung	335
4. Zeitlicher Umfang	336
5. Räumlicher Umfang	336
II. Allgemeine Einschränkungen der Versichererleistung	337
1. Höchstsätze	337
2. Übermaßverbot	337
3. Wirtschaftlichkeitsgebot	338
4. Bereicherungsverbot	338
5. Subsidiarität	338
6. Ausschlussgründe	340
III. Ausgewählte Leistungselemente	340
1. Überblick: Bereiche der Gesundheitsförderung	341
2. Ambulante Heilbehandlung	341
3. Zahnbehandlung und Zahnersatz	341
4. Stationäre Heilbehandlung	341
5. Arzneimittel	342
6. Heilmittel	342
7. Hilfsmittel	342
8. Medizinprodukte	343
E. Besonderheiten des Standardtarifs	343
F. Besonderheiten des Basistarifs	345
G. Tarifwechsel innerhalb eines PKV-Unternehmens	345
I. Allgemeines	345
II. Wechsel vom Normaltarif in andere Tarife	345
1. Standard- und Basistarif	346
2. Innerhalb der Normaltarife	347
III. Wechsel vom Standardtarif zum Basistarif	347
IV. Wechsel vom Basistarif in den Normaltarif	348
V. Wechsel von und in den Notlagentarif	348
VI. Wechsel von und in einen Unisextarif	348
VII. Anwartschaft	348
H. Wechsel des PKV-Unternehmens	349
J. Portabilität der Alterungsrückstellung	350
§ 38 Pflegeversicherung	350
A. Allgemeines	350
B. Private Pflegepflichtversicherung	350
9. Kapitel. Schutz von Verbrauchern, Nutzern und Patienten im Gesundheitsrecht	353
§ 39 Überblick	353
§ 40 Allgemeine verbraucherbezogene Vorkehrungen im Sozialrecht	354
A. Aufklärung, Beratung und Auskunft	354
B. Wunsch- und Wahlrechte bei der Leistungsgestaltung	354
§ 41 Gesundheitsbezogene Dienstleistungen	355
A. Bei Krankheit	355
I. Patientenbeauftragter	355
II. Patientenrechtegesetz	356
III. Beteiligung von Interessenvertretungen von Patienten	356
IV. Unabhängige Patientenberatung	357
V. Unterstützung durch Krankenkassen und Kammern in Haftungsfällen	357
B. Bei Pflegebedürftigkeit	358
I. Pflegestützpunkte	358
II. Pflegeberatung	358
III. Beratungsgutscheine	359
IV. Beteiligung von Interessenvertretungen	359
C. Bei Behinderung	359

I. Behindertenbeauftragte .....	359
II. Beratung und Unterstützung bei Rehabilitation und Teilhabe .....	359
§ 42 Gesundheitsbezogene Waren .....	359
A. Produktinformation .....	359
I. Arzneimittel .....	359
II. Medizinprodukte .....	360
B. Produkthaftung .....	360
I. Arzneimittel .....	360
II. Medizinprodukte .....	360
§ 43 Private Krankenversicherung .....	360
10. Kapitel. Außergerichtliche Konfliktlösung .....	361
§ 44 Gründe und Formen für außergerichtliche Konfliktlösungen im Gesundheitsrecht .....	361
§ 45 Schiedswesen .....	362
A. Funktion, Geschichte und Bereiche .....	362
B. Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V) .....	363
I. Bereiche .....	363
II. Rechtsgrundlagen .....	363
III. Zuständigkeit .....	364
IV. Organisation – Zusammensetzung – Aufsicht .....	364
V. Verfahren .....	364
VI. Entscheidung .....	364
VII. Rechtsschutz .....	365
C. Krankenhausfinanzierung (KHG – KHEntgG) .....	365
I. Bereiche .....	365
II. Rechtsgrundlagen .....	365
III. Zuständigkeit .....	365
IV. Organisation – Zusammensetzung .....	366
V. Verfahren .....	366
VI. Entscheidung .....	366
VII. Genehmigung .....	367
VIII. Rechtsschutz .....	367
D. Soziale Pflegeversicherung (SGB XI) .....	368
I. Bereiche .....	368
II. Rechtsgrundlagen .....	368
III. Zuständigkeit .....	368
IV. Organisation – Zusammensetzung – Aufsicht .....	368
V. Verfahren .....	369
VI. Entscheidung .....	369
VII. Rechtsschutz .....	370
E. Sozialhilfe (SGB XII) .....	370
I. Rechtsgrundlagen .....	370
II. Zuständigkeit .....	370
III. Organisation .....	370
IV. Verfahren .....	370
V. Entscheidung .....	371
VI. Rechtsschutz .....	371
11. Kapitel. Arzthaftungsrecht .....	373
§ 46 Einleitung .....	373
§ 47 Die Haftungsbeziehungen bei der ärztlichen Behandlung .....	374
A. Die Haftungsgrundlagen .....	374
I. Die unterschiedlichen Haftungsregime .....	374
1. Das vertragliche Haftungsregime .....	374

a) Der Behandlungsvertrag als zivilrechtlicher Vertrag	375
b) Der Behandlungsvertrag als Dienstvertrag	377
2. Das deliktische Haftungsregime	379
II. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Haftungsregime	380
B. Der Anspruchsinhaber eines Arzthaftungsanspruches	380
C. Der Anspruchsgegner auf Behandlerseite	382
I. Eigenhaftung und abgeleitete Haftung	382
II. Die ambulante Behandlung	383
1. Die ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte	383
a) Die Behandlung durch einen einzelnen Arzt	383
b) Die Behandlung in einer Praxisgemeinschaft	384
c) Die Behandlung durch eine Gemeinschaftspraxis	385
d) Die Behandlung in einem Medizinischen Versorgungszentrum	387
2. Die ambulante Behandlung im Krankenhaus	388
III. Die stationäre Behandlung	391
1. Der totale Krankenhausaufnahmevertrag	391
2. Der gespaltene Krankenhausaufnahmevertrag	393
3. Der Krankenhausaufnahmevertrag mit Arztzusatzvertrag	396
D. Die Notfallbehandlung	398
E. Die öffentlich-rechtliche Behandlung	399
<b>§ 48 Die Behandlungsfehlerhaftung</b>	400
A. Vorbemerkung	400
B. Der haftungsbegründende Tatbestand	401
I. Die Behandlungsfehlertypen	401
1. Die generalisierten Qualitätsmängel	401
a) Der Übernahmefehler	401
b) Der Organisations- und Koordinationsfehler	406
2. Konkrete Qualitätsmängel	409
a) Der Therapiewahlfehler	409
b) Der Therapiefehler	412
c) Der Diagnosefehler	413
d) Die Nichterhebung erforderlicher Diagnose- und Kontroll-	
befunde	416
3. Die therapeutische Sicherungsaufklärung	417
4. Sonderprobleme der ärztlichen Arbeitsteilung	421
a) Der Grundsatz	422
b) Die horizontale Arbeitsteilung	423
c) Die vertikale Arbeitsteilung	429
II. Der Sorgfaltsmaßstab	432
1. Die inhaltlichen Anforderungen	432
2. Die Feststellung des maßgeblichen Standards	436
III. Die haftungsbegründende Kausalität	438
1. Die grundsätzlichen Anforderungen an den	
Zurechnungszusammenhang	439
2. Die Unterbrechung des Kausalzusammenhangs	439
3. Die Sonderregelung des § 830 Abs. 1 BGB	441
IV. Die Beweislast hinsichtlich des haftungsbegründenden Tatbestandes	442
1. Der Grundsatz – volle Beweislast beim Patienten	442
2. Beweiserleichterungen – Beweislastumkehr	443
a) Der Anscheinsbeweis	444
b) Das voll beherrschbare Risiko	445
c) Der grobe Behandlungsfehler	450
d) Beweislastumkehr bei einfachen Befunderhebungsfehlern	455
e) Der Dokumentationsmangel	458
C. Der haftungsausfüllende Tatbestand	467
I. Mögliche Sekundärschäden	467
II. Zur haftungsausfüllenden Kausalität	473
III. Beweisfragen	474

IV. Sonderfälle	475
1. Sonderproblem: »Kind als Schaden«	475
2. Sonderproblem: Schädigung dritter Personen	476
D. Mitverschulden	478
<b>§ 49 Die Aufklärungsfehlerhaftung</b>	479
A. Der rechtliche Ausgangspunkt	479
B. Der Aufklärungsmangel	480
I. Der Inhalt der Aufklärung	481
1. Die Diagnoseaufklärung	481
2. Die Behandlungs- oder Verlaufsaufklärung	482
3. Die Risikoaufklärung	487
4. Besonderheiten bei sog. Schönheitsoperationen	491
5. Die wirtschaftliche Aufklärung	492
II. Die Intensität der Aufklärung	494
1. Grundsätzliches	494
2. Keine Verharmlosung	494
3. Die Dringlichkeit des Eingriffs	495
III. Der Aufklärungspflichtige	495
IV. Der Aufklärungsadressat	499
1. Der minderjährige Patient	499
a) Der Grundfall	499
b) Der einsichtsfähige Minderjährige	500
c) Schranken des Einwilligungsvorgangs der Sorgeberechtigten	501
2. Psychisch Kranke und sonstige Geschäftsunfähige	502
3. Bestehende Sprachprobleme	504
V. Der Zeitpunkt der Aufklärung	505
1. Die stationäre Behandlung	506
2. Die ambulante Behandlung	508
3. Diagnostische Eingriffe	508
4. Die Operationserweiterung	509
5. Notfalloperationen	510
VI. Die Form der Aufklärung	510
VII. Die Verzichtbarkeit der Aufklärung	513
1. Der erklärte Aufklärungsverzicht	513
2. Der vorausgeklärte Patient	513
3. Die mutmaßliche Einwilligung	514
C. Kausalitätsprobleme	515
I. Der Grundsatz	515
II. Die hypothetische Kausalität	516
1. Die anderweitige Schadensursache	516
2. Die hypothetische Einwilligung	516
III. Der Schutzzweck der Aufklärung	517
D. Die Darlegungs- und Beweislast	519
<b>§ 50 Rechtsfolgen der Arzthaftung und Verjährung</b>	521
A. Der Schadensersatzanspruch	521
I. Der Ersatz des immateriellen Schadens	521
1. Die Faktoren für die Bemessung des Schmerzensgeldes	521
2. Einmalzahlung und Schmerzensgeldrente	522
II. Der materielle Schadensersatz	523
B. Verjährung	524
I. Die Verjährungsfrist	524
II. Der Beginn des Laufs der Verjährungsfrist	524
1. Die Behandlungsfehlerhaftung	524
a) Die positive Kenntnis	524
b) Die grob fahrlässige Unkenntnis	526
c) Die Zurechnung fremden Wissens	526
2. Die Aufklärungsfehlerhaftung	527
III. Die Hemmung der Verjährung	527



<b>12. Kapitel. Gesundheitsstrafrecht</b>	<b>529</b>
<b>§ 51 Beginn und Ende des strafrechtlichen Rechtsgüterschutzes</b>	<b>529</b>
A. Unterschiedlich geschützte Daseinsphasen	529
B. Abgrenzung zwischen »ungeborenem« und »menschlichem« Leben	530
I. Beginn menschlichen Lebens	530
II. Interferenzbereich zwischen ungeborenem und menschlichem Leben	531
C. Abgrenzung zwischen Menschenleben und Tod	533
I. Todeskonzept orientiert am TPG	534
II. Todeskonzept orientiert am medizinischen Erkenntnisstand	535
<b>§ 52 Strafrechtlicher Schutz ungeborenen Lebens</b>	<b>538</b>
A. Unterscheidung zwischen intra- und extrauterinem ungeborenem Leben	538
B. Strafrechtlicher Schutz gegen Schwangerschaftsabbrüche	538
I. Überblick über das gesetzliche Schutzkonzept	538
II. Überblick über die historische Entwicklung	539
III. Abwägung zwischen den Interessen des Ungeborenen und der Schwangeren	541
C. Strafrechtlicher Schutz extrauteriner Embryos	543
I. Durch das ESchG geschützte Rechtsgüter	543
II. Rechtliche Zulässigkeit des Stammzellenimports	545
III. Rechtliche Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik	547
<b>§ 53 Strafrechtlicher Schutz menschlichen Lebens</b>	<b>551</b>
A. System der Tötungsdelikte	551
B. Hilfe im Sterben	553
C. Indirekte Sterbehilfe	554
D. Aktive Sterbehilfe	555
E. Geschäftsmäßige Suizidbeihilfe	557
F. Passive Sterbehilfe	559
G. Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch	560
H. Sterbehilfe aufgrund einer Patientenverfügung	561
I. Antizipierte Einwilligung des Patienten	561
II. Mutmaßliche Einwilligung des Patienten	563
<b>§ 54 Strafrechtlicher Schutz der körperlichen Integrität</b>	<b>564</b>
A. Einwilligung in lebensgefährliche körperliche Eingriffe	564
B. Ärztliche Heileingriffe	564
C. Ärztliche Aufklärung und sonstige Einwilligungsvoraussetzungen	566
I. Aufklärung als Voraussetzung einer wirksamen Einwilligung	566
II. Umfang der gebotenen Aufklärung	568
III. Zeitpunkt und Form der Aufklärung	569
IV. Inhalt der Aufklärung	569
D. Hypothetische Einwilligung	570
E. Ärztliche Kunstfehler	571
I. Facharztstandard als Maßstab für eine kunstgerechte Behandlung	572
II. Typen möglicher Kunstfehler	575
F. Ärztliche Organisationsfehler	576
I. Horizontale Arbeitsteilung	576
II. Vertikale Arbeitsteilung	577
<b>§ 55 Organ- und Gewebetransplantationen</b>	<b>578</b>
A. Sonderregelungen für Organ- und Gewebetransplantationen	578
B. Organ- und Gewebehandel	579
I. Begriff des Handelstreibens	579
II. Schutzzweck des Handelsverbots	580
C. Organ- und Gewebespenden durch Lebende	582
I. Rechtliche Voraussetzungen für eine Lebendspende	582
II. Besonderheiten der Cross-over-Spende	582
D. Postmortale Organ- und Gewebespenden	583
I. Zustimmungs- und Widerspruchslösungen	584

II. Rechtliche Voraussetzungen für eine postmortale Spende . . . . .	585
E. Verfahren und Kriterien der Organallokation . . . . .	586
<b>13. Kapitel. Ethik . . . . .</b>	<b>589</b>
§ 56 Erheblichkeit des Ethik-Topos im Recht . . . . .	589
A. Allgemeines Verhältnis . . . . .	591
B. Spezielle Rezeptionen (insbesondere im Gesundheitsrecht) . . . . .	593
§ 57 Gründe für die geforderte besondere Ethikrelevanz . . . . .	594
§ 58 Was ist eigentlich »Ethik« . . . . .	595
A. Inhalt und Maßstab . . . . .	595
B. Normativkraft . . . . .	597
C. Differenz zum Recht . . . . .	598
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>601</b>